

Neukölln gegen Rechts

In unserem Bezirk existiert eine starke und vielfältige Zivilgesellschaft gegen die unverbesserlich Gestrigen. [Seite 3.](#)



Wie weiter mit dem T-Feld?

Der Masterplan des Senats oder 100 % Tempelhofer Feld: alle Argumente dazu auf den [Seiten 4 und 5.](#)



Flüchtlingspolitik

Wir fordern mehr Anstand in der Flüchtlingspolitik. Im Bund, in Berlin und natürlich auch in Neukölln. [Seite 6.](#)

Neuköllner Stachel

Bündnis 90 / Die Grünen (Europäische Grüne Partei) in Neukölln | Nr. 177, Ausgabe II / 2013

FÜR EINE SOZIALE UND KLIMAGERECHTE WOHNUNGSPOLITIK

Wie bezahle ich morgen meine Miete?



Auch in Neukölln gibt es sichtbaren Protest gegen die stark steigenden Mietpreise.

Berlin ist eine wachsende Stadt. Die aktuelle Bevölkerungsprognose bis 2030 geht von einem Zuwachs von 250.000 auf dann etwa 3,75 Mio. Einwohner_innen aus. Diese Perspektive verbindet Berlin mit anderen Großstädten deutschland- und weltweit. Gleichzeitig verändert sich die Alterszusammensetzung der Bevölkerung und die Anforderungen an Infrastruktur und Wohngebäude steigen. Insbesondere Klimawandel und zu hoher Verbrauch von Kohle, Gas und Öl zwingen uns zu weniger Energieverschwendung. Neben der Energiefrage und der älter werdenden Gesellschaft gibt es weitere drängende Themen in der Wohnungspolitik. In Berlin werden manche einfachen Quartiere relativ schnell zu nachgefragten Standorten für zahlungskräftige Investor_innen und

neue Bewohner_innenschichten. Das trifft auch in Teilen von Neukölln zu. Wir Bündnisgrüne wollen, dass niemand ihren/seinen Kiez oder Bezirk verlassen muss, weil die Miete zu hoch geworden ist.

Neue Verträge steigern die Mieten

Das Mietniveau in Berlin steigt maßgeblich durch den Abschluss neuer Mietverträge. Jeder Umzug ermöglicht eine Mietsteigerung in der alten Wohnung, egal, ob die Wohnung in der Zwischenzeit modernisiert oder so belassen wurde. Wir wollen Mietsteigerungen begrenzen, für die es keine Gegenleistung gibt. Deshalb wollen wir eine gesetzliche Regelung für den Abschluss neuer Mietverträge und die dreijährlich möglichen Mieterhöhungen absenken.

Kann man Modernisierung steuern?

Wir wollen in konkreten Gebieten die Modernisierung der Häuser steuern, so dass Luxusmaßnahmen, die zu hohen Mieten führen, verhindert werden. In den Bezirken Pankow und Friedrichshain-Kreuzberg sind grüne Baustadträte mit diesem Ziel tätig. Sie genehmigen neue Fenster, aber keine zusätzlichen Bäder und Balkone, wo es schon welche gibt. In Neukölln lehnt das Bezirksamt mit SPD und CDU solchen Wohnraumschutz bisher ab. Auch die Zweckentfremdung bestehender Wohnungen durch Leerstand, Abriss oder Gewerbenutzung könnte verboten werden. Darüber wird seit Jahren diskutiert, aber der Senat hat bisher nur ein halbherziges Papier auf den Tisch gelegt. Die Bündnisgrüne Fraktion im Abgeord-

netenhaus hat deshalb einen eigenen Gesetzentwurf erarbeitet und in das Parlament eingebracht. Insbesondere die vielen tausend Ferienwohnungen sollen dadurch wieder als ordentliche Mietwohnungen dem Wohnungsmarkt zur Verfügung stehen.

Berlin braucht Neubau

Neben einer aktiven Bestandspolitik brauchen wir wegen der wachsenden Bevölkerung in Berlin auch Wohnungsneubau. Bündnis 90/Die Grünen wollen in Berlin dafür eine neue soziale Wohnungsbauförderung erreichen, damit nicht nur gut situierte Menschen in Neubauten einziehen können. Neben den landeseigenen Gesellschaften wollen wir auch andere Eigentümer_innen damit ansprechen. Die Gegenleistung für Fördermittel müssen langfristige Belegungsrechte der Stadt und Mietpreise sein, die Haushalte mit geringen Einkommen nicht überfordern.

Mietrecht besser machen

Das Mietrecht soll die Interessen abgleichen zwischen Vermieter_innen und Bewohner_innen. Der Rahmen ist im Bürgerlichen Gesetzbuch fixiert. Und den wollen wir ändern. Bisher ist es z.B. möglich, Einbauküchen, zusätzliche Balkone oder einen Parkettboden gegen den Willen der Mieter_innen einzubauen und auf die Miete umzulegen. Wir wollen derlei Ausstattung nicht verbieten, aber für einen gehobenen Standard lässt sich auch eine freiwillige Kostenbeteiligung aushandeln. Wer kein Parkett will, braucht es auch nicht bezahlen.

Anders ist das bei Barrierefreiheit und energetischer Ertüchtigung der Gebäude.

Kosten teilen

Die energetische Modernisierung von Wohngebäuden nützt den Bewohner_innen, weil sie langfristig Energie sparen. Aber genauso nützt sie den Eigentümer_innen, weil sie den Wert ihres Eigentums erhält. Und wenn Energie gespart wird und die Häuser besser auf die alternde Bevölkerung eingestellt werden, dann nützt das auch der ganzen Gesellschaft. Aus dem Grund wollen wir diese drei Parteien an den Kosten beteiligen. Den Staat durch Fördermittel, wie etwa verbilligte Kredite. Die Vermieter_innen durch Einnahmekürzungen bei Mietsteigerungen, für die es keine Gegenleistungen gibt, also bei neuen Verträgen oder den regelmäßigen Erhöhungen alle drei Jahre. Und die Mieter_innen durch die Modernisierungsumlage, die aber bisher zu hoch ist. Wer die nicht tragen kann, braucht zusätzlich ein Wohngeld, das eine langfristige Perspektive in einer modernisierten Wohnung auch wirklich sichert. Für alle diese Vorschläge brauchen wir Änderungen in den Gesetzen und die gibt es nur bei einem guten Grünen Wahlergebnis für den Bundestag im September.

Andreas Otto

Andreas Otto ist Sprecher für Bauen und Wohnen in der Grünen Fraktion im Abgeordnetenhaus und kandidiert auf Listenplatz 4 bei der kommenden Bundestagswahl. Mehr unter www.otto-direkt.de
Foto: Andreas Otto



INTERVIEW MIT DER SPRECHERIN FÜR BAU- UND WOHNUNGSPOLITIK DER GRÜNEN BUNDESTAGSFRAKTION

Fünf Fragen zum Thema Mieten an Daniela Wagner

Wie können wir Mieterhöhungen bei Neuvermietung begrenzen?

In beliebten Wohngebieten mit Wohnraumangel hilft eine Begrenzung der Wiedervermietungsrenten, der Verdrängung von einkommensschwachen Haushalten entgegen zu treten. Wir setzen uns dafür ein, Wiedervermietungsrenten auf 10 % über der ortsüblichen Vergleichsmiete zu begrenzen.

In welchem Umfang sollten Bundesmittel als Fördermittel für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung gestellt werden?

Mit der Föderalismusreform haben die Länder die alleinige Gesetzgebungskompetenz für die soziale Wohnraumförderung erhalten. Damit entscheiden sie allein, wie und für welche Gebiete dieses Instrument

eingesetzt wird. Obwohl sich der Bund hier nicht aus der Verantwortung stehlen darf, müssen die Länder diese Gestaltungsmöglichkeit ernst nehmen.

Nach einem Gutachten des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung sollten die Bundesmittel bis 2019 in bisheriger Höhe (518,2 Mio jährlich) an die Länder gezahlt werden. Eine Weiterzahlung des Bundes ist denkbar, aber nur wenn diese Mittel zweckgebunden eingesetzt werden. Außerdem kann eine Ko-Finanzierung durch die Länder helfen, schneller bezahlbaren Wohnraum bereitzustellen.

Sollen die Mittel für das Programm Soziale Stadt erhöht werden?

Unbedingt, denn das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ ist das Er-

folgsprojekt der Städtebauförderung. Wir wollen es mit 105 Mio Euro jährlich ausstatten, für 2013 hat Schwarz-Gelb nur 40 Mio bereitgestellt. Mindestens genauso wichtig ist es aber, nicht-investive Maßnahmen wieder zu ermöglichen. Perspektivisch soll das Programm zum Leitprogramm der Städtebauförderung weiterentwickelt werden.

Wie können Modernisierung und energetische Sanierung sozialverträglich gestaltet werden?

Die Energiewende ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, deswegen müssen im Gebäudebereich Staat, Eigentümer_innen und die Mieter_innen die Kosten für diese Mammutaufgabe gemeinsam tragen. Dass es möglich ist, zeigen wir mit unserem Gesamtkonzept „bezahlbar grün

Wohnen“: Es besteht aus mieterrechtlichen Änderungen mit denen wir Mieter_innenschutz und Klimaschutz zusammen denken. Z.B. sollen nur noch 9 % (heute 11 %) der Modernisierungskosten umgelegt werden dürfen und auch nur noch für Maßnahmen zur energetischen Sanierung und den Abbau von Barrieren. Außerdem schlagen wir baurechtliche Änderungen sowie Klimakomponenten im Wohngeld und bei den Kosten der Unterkunft vor. Wir möchten aber auch eine zielgruppengerechte und verlässliche Förderung bereitstellen, 2 Mrd für die KfW-Gebäudesanierungsprogramme und 1,75 Mrd für die energetische Quartierssanierung vor allem in Gebieten mit einkommensschwachen Haushalten. Damit die Heizkosten nicht unbegrenzt

anwachsen und die Energiewende umgesetzt werden kann, brauchen wir eine bessere Energieeffizienz im Gebäudebereich, z.B. durch bessere Dämmung, die Stärkung von ökologischen Baustoffen und mehr Energieberatung und Information.

Sollen Mieter_innen die Makler_innengebühren auch dann zahlen, wenn die Makler_innen von den Hausbesitzer_innen beauftragt worden sind, wie in Berlin derzeit üblich?

Nein, ich habe dazu bereits 2010 einen Antrag gestellt, dass das Besteller_innenprinzip bei den Makler_innenkosten im Bereich Vermietung eingeführt wird. Das hat inzwischen sogar die SPD eingesehen und als Forderung übernommen.

Das Interview führte Christian Kölling

NEUKÖLLNS SCHÖNE SEITEN

Die Privatbrauerei am Rollberg

Wilko Bereit ist Neuköllner und seit zwei Jahrzehnten dem Bierbrauen verfallen. Was lag zu Beginn dieser Leidenschaft näher, als sich bei Kindl um einen Ausbildungsplatz zu bewerben? Die wollten ihn nicht zur Ausbildung und auch nicht später, als er Braumeister war. Inzwischen weiß Wilko Bereit, dass es gut für ihn war, denn 2005 schloss der Kindl-Mutterkonzern Dr. Oetker die Brauerei. Vier Jahre später startet er mit seinem Partner Niels Heins im Keller des alten Kindl-Sudhauses mit Bier brauen. Dieser Standort der Rixdorfer Braukunst existiert seit 1872 und wurde als Verlagsbrauerei der Berliner Gastwirte gegründet. 1890 wurde hier ein Ausstoß von 100.000 Hektolitern erreicht. Bereit und Heins eifern solchen Zahlen ganz bewusst nicht nach, denn Bier brauen ist für sie Handwerkskunst und keine Industrieproduktion. Für ihr Rollberger finden in erster Linie biologisch erzeugte Zutaten und natürlich gutes Neuköllner Wasser Verwendung.

Auch bei den Absatzmärkten sind beide wählerisch. Das Verhältnis zwischen Brauer und Verkäufer muss stimmen. Es verwundert nicht, dass solche Unternehmer sich auch politisch engagieren. Spenden-sammlungen für *Ärzte ohne Grenzen* und das große Plakat *Kein Rollberger für Nazis* zeugen davon.

Donnerstags bis sonntags kann man von 17-23 Uhr das Rollberger vor Ort verkosten. Wer etwas dazu essen will, bringt seine Speisen selbst mit. Für Grillfreunde steht ein großer Grill kostenlos zur Verfügung. Nach Voranmeldung kann die Brauerei auch besichtigt werden. Den Besucher_innen werden die einzelnen Entstehungsschritte eines guten Bieres erläutert: Vom Mälzen, dem kurzen Keimen des Braugetreides, über das Maisen und Läutern bis zum Würze kochen. Erst nach dem Ausschlagen von Eiweißbestandteilen aus dem Getreide wird die Bierhefe zugesetzt, welche die alkoholische Gärung in Gang setzt. Im kühlen Jungbier arbeiten die Hefen je nach Biersorte zwei bis drei Monate.

Viele gestandene Brauer besuchen Bereit und Heins inzwischen. Wer Tradition an historischem Ort fortsetzt oder wiederbelebt, ist in Brauerkreisen angesehen. Ihre Kund_innen schätzen ihre Braukunst schon lange.

Privatbrauerei am Rollberg GmbH, Am Sudhaus 3 (ehem. Werbellinstr. 50), 12053 Berlin, www.rollberger.de.

Die aktuellen Termine unserer beliebten Veranstaltungsreihe *Neuköllns Schöne Seiten* gibt es auf unserer Webseite in der Rubrik Veranstaltungen.

Christian Hoffmann



Neue Zeiten, alte Weisheiten; Foto: Michael Schäfer

Bürger_innen machen Energie

Die Energiewende ist in Bürger_innenhand. Mehr als 80.000 Menschen investieren in erneuerbare Energien, haben eine Solaranlage auf dem Dach oder eine Windanlage auf dem Acker. Nur Berlin landet im Vergleich der Bundesländer beim Ausbau der erneuerbaren Energien immer auf dem letzten Platz. Zwei spannende Projekte bieten jetzt auch den Hauptstädter_innen die Möglichkeit, sich aktiv an der Energiewende zu beteiligen.

Die BürgerEnergie Berlin will das Berliner Stromnetz kaufen und in Zukunft in einem bürgereigenen Unternehmen selbst betreiben.

Was erst einmal nach einer verrückten Idee klingt, ist die Möglichkeit, dem jetzigen Betreiber und schwedischen Staatskonzern Vattenfall die Marktmacht zu nehmen und in die Hände der Bürger_innen Berlins zu geben. Damit soll garantiert werden, dass das Berliner Stromnetz fit für die Energiewende gemacht wird und die Millionengewinne der Netze in den Taschen der Berliner_innen landen und nicht in die Taschen von schwedischen Manager_innen wandern. Schon mehr als 1000 Bürger_innen unterstützen das Vorhaben mit mittlerweile 4,8 Millionen Euro. Das Geld wird zunächst auf einem Treuhandkonto eingezahlt bis klar ist,

ob die BürgerEnergie das Netz kaufen kann, die Bewerbung für die Konzession dafür läuft zur Zeit.

Ein ähnliches Konzept verfolgt der Berliner Energietisch, der an einer ökologisch nachhaltigen, sozial gerechten und demokratisch kontrollierten Energieversorgung für Berlin arbeitet. Ziel des Bündnisses ist es, mit einem eigenen Stadtwerk und einem kommunal betriebenen Stromnetz die Energieversorgung wieder selbst in die Hand zu nehmen - und das mittels eines Volksbegehrens zeitgleich mit der Bundestagswahl 2013. Dem Bündnis gehören viele Berliner Organisationen und Initiativen an, auch Bündnis 90/Die Grünen unterstützen das Projekt. Bis jetzt konnten schon über 143.000 Unterschriften gesammelt werden, auch in der Grünen Geschäftsstelle in Neukölln kann man für das Volksbegehren unterschreiben. Mindestens 173.000 Unterschriften bis zum 10. Juni sind nötig, um einen Volksentscheid zu erwirken. Um sicher zu gehen, dass ausreichend gültige Unterschriften eingereicht werden, haben sich die Organisator_innen 200.000 Unterschriften als Ziel gesetzt.

Beide Initiativen tauschen sich regelmäßig aus und sie eint das gemeinsame Ziel, für ein erneuerbares und nachhaltiges Berlin einzustehen.

Mehr Informationen zur BürgerEnergie Berlin gibt es auf der Webseite www.buerger-energie-berlin.de.

Mehr Informationen zum Energietisch gibt es auf der Webseite www.berliner-energietisch.net.

Milena Oschmann

FÜR MICH IST NEUKÖLLN:

„...ganz schön schmutzig.“
Jürgen, 41 Jahre

Unsere AG Klimawandel

Seit Anfang des Jahres gibt es bei den Grünen Neukölln die AG Klimawandel. Ihr erstes Ziel ist die Erstellung eines Grünen Klimaschutzkonzeptes im Bezirk, bei dem die sozialen Aspekte einer Grünen Klimapolitik besonders berücksichtigt werden. Später sollen die Vernetzung mit Klimagen in anderen Grünen Kreisverbänden und das Thema Anpassung an den Klimawandel in Berlin hinzukommen.

Lokale Initiativen für aktive Klimapolitik sind dringend geboten, wie wir seit dem UN-Erdgipfel 1992 in Rio de Janeiro wissen. Die Bundesregierung hat sich zwar international dafür ausgesprochen, die globale Erwärmung auf 2° Celsius zu begrenzen, um katastrophale Folgen des Klimawandels möglichst zu vermeiden. In der praktischen Umsetzung einer progressiven Klimapolitik kommt Schwarz-Gelb aber kaum voran und bremst viele wichtige Vorhaben – wie z.B. die Energiewende – regelmäßig aus.

IMPRESSUM

Bündnis 90/Die Grünen,
Kreisverband Neukölln

Redaktionsadresse:
Neuköllner Stachel,
Bündnis 90/Die Grünen Neukölln,
Berthelsdorfer Straße 9,
12043 Berlin

V.i.S.d.P.:
Annette Heppel
annette.heppel@gruene-neukoelln.de

Mitarbeiter_innen dieser Ausgabe:
Timm Büchner, Mahi Christians-Roshanai, Kalle Erlacher, Francisca Fackeldey, Annette Heppel, Samantha Hoeyng, Christian Hoffmann, Susanna Kahlefeld, Antje Kapek, Anja Kofbinger, Christian Kölling, Andreas Otto, Milena Oschmann, Paula Riester, Dario Sarmadi, Michael Schäfer, Caro Scheibe-Köster, Michael Schneidewind, André Schulze, Bernd Szczepanski, Jana Taube

Layout: Kalle Erlacher

Die Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion bzw. von Bündnis 90/Die Grünen Neukölln wieder. Für mit vollem Namen gezeichnete Beiträge übernimmt der/die jeweilige Autor_in die Verantwortung.

Druck: Henke Pressedruck

Vorstandssprecher_innen:
Francisca Fackeldey
francisca.fackeldey@gruene-neukoelln.de
André Schulze
andre.schulze@gruene-neukoelln.de

Internet:
www.gruene-neukoelln.de
E-Mail:
stachel@gruene-neukoelln.de

Engagement für mehr Klimaschutz ist im Bezirk nicht neu. Hanna Schumacher aus der Grünen BVV-Fraktion hat das Thema in der Bezirksverordnetenversammlung wiederholt angesprochen. Dies soll jetzt durch die neue Arbeitsgruppe unterstützt und ausgeweitet werden.

Sprecher der Grünen AG Klimawandel ist Timm Büchner. Er arbeitet beruflich in der Entwicklungszusammenarbeit und kennt daher Projekte zur Anpassung an den Klimawandel und zum Klimaschutz. Bei der Mitgliederversammlung der Neuköllner Grünen im Januar schlug er vor, die AG Klimawandel einzurichten, und bekam dafür viel positives Feedback. Seit Februar gibt es monatliche Treffen.

Neue Mitstreiter_innen sind immer gerne gesehen! Interessierte können Timm Büchner unter tabuechner@googlemail.com kontaktieren oder einfach mal bei der AG vorbeikommen. Das nächste Treffen findet statt am 18. Juni 2013 um 18 Uhr in der Grünen Geschäftsstelle (Berthelsdorfer Str. 9). Alle weiteren Termine sind wie immer auf unserer Webseite unter www.gruene-neukoelln.de zu finden.

Timm Büchner



GRÜNE TREFFEN

Die Neuköllner Grünen treffen sich **jeden zweiten Dienstag** um 19 Uhr in der Berthelsdorfer Str. 9 (U-Bahnhof Karl-Marx-Straße hinter der Passage). Zur Diskussion stehen bezirks-, landes- und bundespolitische Themen. Termine und Tagesordnung

stehen (meist) einige Tage vorher im Internet unter www.gruene-neukoelln.de. Die Treffen sind öffentlich, auch Nichtmitglieder, die sich für grüne Politik im Bezirk interessieren, sind herzlich willkommen!

GEMEINSAM UND ENGAGIERT GEGEN NAZIS IN NEUKÖLLN

Bündnisarbeit gegen Rechts

Neukölln ist ein Stadtteil mit vielen engagierten Menschen, die sich für ein vielfältiges Zusammenleben einsetzen. Sie organisieren Demos, halten Kundgebungen und Mahnwachen ab und stellen sich Neonazis in den Weg. Dies ist besonders notwendig in Anbetracht einer organisierten rechten und rassistischen Szene, die von Neukölln aus ihre Hetze verbreitet. Stadtbekannte Neonazis, sowie im Umfeld des Nationalen Widerstands (NW Berlin) organisierte Autonome Nationalist_innen bedrohen und attackieren Neuköllner_innen und verüben Anschläge auf antifaschistische Initiativen oder Parteien. Dem gilt es mit aller Kraft entgegen zu treten und sich nicht einschüchtern zu lassen.

Bereits im Jahr 2006 bildete sich in Rudow das *Aktionsbündnis gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit*, um der im Straßenbild allgegenwärtigen rechtsextremen Präsenz und den alljährlich stattfindenden neonazistischen Demonstrationen im Dezember entschieden entgegen zu treten. Neben Rudower Anwohner_innen engagieren sich hier auch Geschäftsleute, Parteien, Gewerkschaften, Kirchen und Jugendclubs. Beraten wird das Bündnis durch die MBR (Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin). Angefangen mit Kundgebungen und Demonstrationen über Podiumsdiskussionen, Lesungen und Filmvorführungen zum Thema Rechtsextremismus bis hin zu künstlerischen Aktionen im öffentlichen Raum gemeinsam mit Rudower Geschäftsleuten will

das Bündnis zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit beitragen und ein klares Zeichen für Demokratie, Vielfalt und Toleranz setzen. Jedes Jahr erinnert das Aktionsbündnis mit einer Veranstaltung an die rassistischen Brandanschläge im Blumenviertel im Frühjahr 2008. In diesem Jahr wurde eine Lesung mit dem Journalisten und Autoren Maik Baumgärtner über die Hintergründe der Terrorgruppe Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) veranstaltet. In Planung befinden sich bereits eine Veranstaltung mit der Friedrich-Ebert-Stiftung zu deren Studie über Rassismus in der Mitte der Gesellschaft und eine Fortsetzung der Zusammenarbeit mit der Amadeu-Antonio-Stiftung, die mit einer gemeinsamen Filmreihe im vergangenen Herbst begann.

2009 bildete sich im Neuköllner Norden das *Bündnis Neukölln - Miteinander für Demokratie, Respekt und Vielfalt*. Es besteht ebenfalls aus Vertreter_innen von Parteien, Gewerkschaften, Kirchen, Gruppierungen und Einzelpersonen und wird auch von der MBR beraten. Das Bündnis hat in den letzten Jahren regelmäßig Veranstaltungen wie Lesungen, eine Filmvorführung mit den Neuköllner Stadtteilmüttern und eine Kundgebung gegen Pro Deutschland initiiert sowie Kundgebungen gegen eine Demo der NPD in

Rudow.

Beide Bündnisse finanzieren ihre Projekte aus den Lokalen Aktionsplänen (LAP Nord und Süd) des Bundesministeriums für Familien, Frauen, Senioren und Jugend, die gezielt bürgerschaftliches

Engagement für Demokratie fördern.

Darüber hinaus haben sich in den letzten Jahren viele weitere Engagierte zusammenschlossen, um gegen Rechtsextremismus und Rassismus aktiv Gesicht zu zeigen, zum Beispiel das Kaktus-Bündnis *Neukölln gegen Nazis*, der *Antifaschistische Aktionskreis Neukölln*, das *Aktionsbündnis Britz und Hufeisern gegen Nazis*.

Weitere Informationen zu den Bündnissen finden Sie unter www.buendnis-neukoelln.de und www.aktionsbuendnis-rudow.de.

Francisca Fackeldey, André Schulze

RECHTE ÜBERGRIFFE IM KIEZ

Zeit zu handeln!

Mit 22 Fällen rechtsextremer Gewalt hat Neukölln im Jahr 2012 eine traurige Spitzenposition in der Berliner Kriminalstatistik rechter Straftaten eingenommen. Denn Nazis fallen in Neukölln nicht nur im Umfeld von Kundgebungen und Veranstaltungen durch Bedrohungen, Einschüchterungsversuche und Pöbeleien auf, sondern greifen auch immer wieder zu handfester Gewalt gegen Neuköllnerinnen und Neuköllner.

Eine regelrechte Serie rechtsextremer Gewalttaten hat Neukölln in den

letzten Jahren immer wieder erschüttert. Bereits 2008 verübten Neonazis Brandanschläge auf Wohnhäuser zweier migrantischer Familien im Rudower Blumenviertel. Bei den in der Nacht durchgeführten Anschlägen kamen nur mit viel Glück keine Menschen zu Schaden. Die Täter aus der Rudower kameradschaftsnahen Naziszene wurden zu zwei- bzw. dreijährigen Haftstrafen verurteilt.

In den Jahren 2010 und 2011 kam es zu mehreren Anschlagsserien in Nord-Neukölln und Kreuzberg, bei denen gezielt Parteibüros sowie antifaschistische Initiativen und Projekte angegriffen wurden. Neben eingeworfenen Fensterscheiben, verklebten Türschlössern und Brandsätzen, die glücklicherweise nicht gezündet haben, kam es immer wieder zu rechtsextremen Schmierereien, die in Morddrohungen gegen engagierte Antifaschist_innen gipfelten.

Auch im Abgeordnetenhauswahlkampf 2011 griffen NPD-Funktionär_innen immer wieder zu Gewalt gegen Andersdenkende. So bedrohten und verletzten zwei Neuköllner NPD-Direktkandidaten Jugendliche, die angeblich NPD-Plakate entfernen wollten. Eine Familie in der Hufeisensiedlung, die sich gegen NPD-Werbung in ihrem Briefkasten stark machte, wurde in der Folge immer wieder Opfer von Angriffen, gesprengten Briefkästen, eingeworfenen Fensterscheiben sowie Farbbeutelanschlägen.

Doch damit nicht genug: Ebenfalls 2011 wurde das Anton-Schmaus-Haus der SPD-nahen Jugendorganisation „Die Falken“ zweimal zum Ziel rechtsextremer Gewalt. Neonazis legten Brandsätze am Gebäude, woraufhin dies stark beschädigt wurde. Dabei entstand ein hoher Sachschaden im sechsstelligen Bereich, der unter anderem dazu führte, dass die Versicherung den Falken kündigte. Noch eine Nacht vor dem ersten Anschlag im Juni 2011 hatte eine größere Jugendgruppe im Anton-Schmaus-Haus übernachtet. Auch hier zeigt sich das menschenverachtende Motiv der Neonazis, da Kinder und Jugendliche einen schweren Schaden hätten davontragen können.

Diese beiden Vorfälle bilden den Ausgangspunkt der RBB-Reportage

„Terror im Kiez – Neonazis in Berlin“, die einen Einblick in Neuköllner Nazistrukturen gibt und über deren Handlungen aufklärt. Genauso zeigt sie auch Menschen, die gemeinsam aufstehen gegen Rassismus und rechte Gewalt und zeigen, dass Neukölln sich nicht von Nazis einschüchtern lässt. So wie auch die Familie aus der Hufeisensiedlung, die sich seit den Anschlägen gegen Rechts engagiert und unter anderem im Bündnis „Hufeisern gegen Rechts“ aktiv ist.

Als wichtigster Zusammenschluss im rechtsradikalen Spektrum ist in Neukölln neben der NPD momentan vor allem der Nationale Widerstand Berlin (NW Berlin) zu nennen, der ein Sammelpunkt der Kameradschaftskräfte und Autonomen Nationalist_innen darstellt und einen seiner Schwerpunkte an Mitgliedern und Aktivitäten im Neuköllner Süden hat. Insgesamt in Berlin, aber gerade auch in Neukölln existiert eine sehr starke Überschneidung dieser beiden Gruppen. So unterstützen häufig freie Kräfte die NPD im Wahlkampf oder treten als Kandidat_innen bei Wahlen für sie an.

Der NW Berlin taucht auch immer wieder im Zusammenhang mit rechtsradikaler Gewalt und Anschlägen auf. So fand sich deren gesprayter Schriftzug auch im Oktober 2012 bei einem Anschlag auf eine Einrichtung für Asylsuchende im brandenburgischen Waßmannsdorf, unweit der Stadtgrenze zu Rudow gelegen, bei dem Steine und Farbbeutel gegen das Gebäude geworfen sowie „Rostock ist überall“ und ein Hakenkreuz an die Mauer gesprüht wurden. Dies fand parallel zu einer NPD-Kampagne gegen eine geplante Flüchtlingsunterkunft in Rudow unter dem Motto „Rudow muss deutsch bleiben“ statt.

Pikant: Am Abend nach dem Anschlag in Waßmannsdorf veranstaltete ein Rudower CDU-Abgeordneter und Bezirksverordnete der CDU eine Bürger_innenversammlung unter dem Titel „Asylbewerberheim in Rudow?“, bei der die Anwesenheit von führenden Neuköllner NPD-Funktionären genauso geduldet wurde wie rassistische Stimmen aus dem Publikum (die taz berichtete: „Gemeinsam gegen alles Fremde“). Auch nachdem die Veranstalter explizit auf die NPD-Funktionäre aufmerksam gemacht wurden, sahen diese keinen Handlungsbedarf.

Im Februar 2013 führte die NPD eine Veranstaltung im Gemeinschaftshaus Gropiusstadt durch. Auch hier zeigte sich die Zivilgesellschaft aufmerksam, organisierte eine Protestkundgebung und nahm an der Veranstaltung teil. Dies wurde durch konsequentes Durchsetzen der Hausordnung seitens des Bezirksamtes ermöglicht. So konnte den Rechtsextremist_innen deutlich gemacht werden, dass ihr Agieren auch hinter vermeintlich geschlossenen Türen beobachtet wird und Betroffene sich keinesfalls einschüchtern lassen.

Seit kurzer Zeit ist bekannt, dass sich in Rudow bereits seit Monaten ein rechtsextremes Jugendzentrum etabliert hat, das den Behörden bereits seit Längerem bekannt ist. Wo genau sich dieses befindet, darüber wird „aus ermittlungstaktischen Gründen“ geschwiegen. Laut einer Sprecherin des Verfassungsschutzes wird der Treff seit „einigen Monaten“ von „Autonomen Nationalisten“ betrieben – „jungen, informell organisierten Neonazis“, so die taz.

Francisca Fackeldey, André Schulze

FÜR MICH IST NEUKÖLLN:

„...mehr als Döner und Multikulti, Neukölln ist meine Heimat.“
Carsten, 31 Jahre

„Für mich ist Neukölln“ fragt Bürgerinnen und Bürger aus Neukölln nach ihrem Bild des Bezirks.



Grafik: Kalle Erlacher

Einführung eines Neuköllner Registers

Was ist das Register? Was sind die Aufgaben?

Das Register soll Ereignisse mit rassistischem, rechtsextremem, antisemitischem oder homophobem Hintergrund im Bezirk Neukölln erfassen, die von Anlaufstellen und Bürger_innen des Bezirks gemeldet werden. Es ergänzt damit die behördliche Statistik zu rechtsextremen Vorfällen. Hier werden auch Vorkommnisse mit einbezogen, die entweder nicht zur Anzeige gebracht wurden oder keine strafrechtliche Relevanz besitzen. Dazu können Pöbeleien, Schmierereien, Drohungen und Beobachtungen gehören, die im Alltag gemacht werden, ob in der Schule, im Supermarkt, im Bus oder am Stammtisch.

Recherche und Auswertung der gemeldeten Vorfälle werden in enger Zusammenarbeit mit der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus (mbr) und der Opferberatungsstelle „ReachOut“ stattfinden. Einen Anspruch auf Vollständigkeit kann es

trotz allem nicht geben, weil viele Menschen leider keine Meldung machen. Das Register soll hier versuchen, eine niedrigschwellige Anlaufstelle zu bieten. Ein gewünschtes Ziel ist es u.a., die Neuköllner_innen für diese Problematik zu sensibilisieren. Gemeldete Vorfälle sollen möglichst einmal im Halbjahr ausgewertet und veröffentlicht werden. Die Ergebnisse und die gesammelten Vorfälle werden in der BVV, in verschiedenen Bündnissen und auf der Internetseite des Registers vorgestellt.

Wie können sich Neuköllner_innen daran beteiligen?

Meldung von Vorfällen: Menschen die Zeug_innen eines Vorfalles oder selbst Opfer werden, können dies beim Register melden. Hierfür wird gemeinsam mit der meldenden Person in einer der Anlaufstellen ein Fragebogen ausgefüllt. Das Register kann nur funktionieren, wenn sich Bürger_innen aus dem Bezirk beteiligen.

Je mehr Menschen das Register nutzen, desto differenzierter wird das Bild, das durch die Sammlung der Vorfälle entsteht.

Wichtig ist es für Menschen, die Opfer geworden sind, schnelle und unbürokratische Hilfe zu erlangen. Wenn es im Bezirk zu dem Vorfall keine Hilfe geben kann, werden andere Beratungsstellen miteinbezogen und eine Vermittlung findet statt. Zögern Sie auch nicht, Menschen zu begleiten und zu ermutigen, Vorfälle zu melden. Opfer leiden oftmals nicht sofort, Angstzustände und Schlafstörungen können auch erst Tage und Wochen später auftreten.

Wenn Sie Zeugin oder Zeuge werden, versuchen Sie zu helfen! Sie müssen sich nicht selbst in Gefahr bringen, aber holen Sie Hilfe (per Telefon oder sprechen Sie andere Personen an), bieten dem Opfer ebendiese an und geben ggf. eine Täter_innenbeschreibung ab. Wegsehen verstärkt die Hilflosigkeit des Opfers!

Caro Scheibe-Köster

GRUNDLAGE FÜR BETEILIGUNG ODER FAKTENSCHAFFEREI?

Masterplan Tempelhofer Feld

Das Tempelhofer Feld ist heute ein Ort, der von allen Berlinerinnen und Berlinern erobert wird. Darunter finden sich Tourist_innen, Großfamilien, Festivalbesucher_innen, Gärtner_innen, Musiker_innen, Sportler_innen, Konferenzbesucher_innen und viele mehr: Gerade diese besondere Inanspruchnahme weist auf den Willen und die Bereitschaft der Menschen hin, das Tempelhofer Feld mitzugestalten und in seiner Entwicklung zu begleiten. Schließlich handelt es sich um ein einmaliges Areal von besonderem öffentlichem Interesse. Eine reine Planung „von oben“ ist hier unangebracht.

Der „Masterplan“ von Rot-Schwarz

Im März hat der Berliner Senat nun endlich den bereits seit langem geforderten „Masterplan Tempelhof“ vorgelegt und damit seine Vorstellung einer zukünftigen Gestaltung mit zweijähriger Verzögerung transparent gemacht. Die Senatspläne sehen neben dem strittigen Neubau einer Zentral- und Landesbibliothek (ZLB) auch die Schaffung von Planungsrecht für große Baufelder rings um das Feld noch in diesem Jahr vor. Durch diese enge Zeitplanung erschwert sich die dringende Bürger_innenbeteiligung über die Frage der weiteren Entwicklung des Feldes. Ein schlüssiges Nachnutzungskonzept für das sanierungsbedürftige und teure Flughafengebäude fehlt dabei bis heute. Bevor aber ein weiteres Großprojekt öffentliche Gelder verschlingt, braucht es ein Bürger_innenbeteiligungsverfahren und ein Nachnutzungskonzept für das Flughafengebäude.

Der Masterplan zeigt, dass die Überlegungen des Senats zur weiteren Entwicklung noch recht unausgereift sind. Berlin benötigt Wohnungsbau, vielleicht auch auf Teilen des Tempelhofer Feldes. Vor allem braucht

die Stadt aber eine offene Debatte darüber, wo und wie dieser Wohnungsbau ausgestaltet werden soll. Ob eine sozial verträgliche Bebauung auf dem Gelände realisiert werden kann, bleibt nach der Vorstellung des Masterplans leider nach wie vor unklar. Konkret plant der Senat ca. 4700 Wohneinheiten auf dem Tempelhofer Feld. Dabei sollen diese Wohnungen im Durchschnitt ca. 120 m² Wohnfläche haben. Die Stadt benötigt jedoch vor dem Hintergrund der zunehmenden Anzahl an Single-Haushalten mehr kleinere Wohnungen. Geht man also davon aus, dass der Schnitt bei 120 m² liegt und ein Großteil dieser Wohnungen vielleicht gerade mal 35 m² groß sind, dann werden gleichzeitig auch riesige Penthouse-Apartments geschaffen. Das sind weder Anzeichen für bezahlbaren Wohnraum noch für eine „soziale Durchmischung“ der künftigen Quartiere. Wir meinen daher, wenn man über eine Bebauung des Feldes diskutiert, dann bitte auch über die Frage des „wie“, des „wo“ sowie des „mit wem“ und „für wen“. Berlin braucht kleine, bezahlbare Wohnungen – der Masterplan des Senats sieht solche bislang nicht wirklich vor.

Grüne Konzepte für's Feld

Während der Senat die Bebauungen am Feldrand, die Gestaltung einer Parklandschaft sowie die Nachnutzung des Flughafengebäudes nahezu unabhängig voneinander betrachtet, wollen wir Grüne eine ganzheitliche Vision vom Feld anbieten: Betrachtet man das Tempelhofer Feld, dann macht eine Wohnbebauung entlang des Tempelhofer Damms am ehesten städtebaulich Sinn. Eine mögliche Bebauung sollte in diesem Fall aber sozial und ökologisch vorbildlich sein und durch kommunale oder genossenschaftliche Bauträger realisiert und im Rahmen einer umfangreichen Bürger_innenbeteiligung entwickelt werden.

Der Park soll zu großen Teilen erhalten und die Potentiale der Freifläche behutsam entfaltet werden. Das bedeutet, bessere ÖPNV- und Radverbindungen, Ruhe- und Sitzgelegenheiten mit schattenspendenden Bäumen, aber auch ein Regenrückhaltebecken und vielleicht sogar Gastronomie oder Toilettenanlagen auf dem Feld zu schaffen. Zudem muss das Areal als Ort der Erholung und zur Ausübung von Breitensportarten weiter entwickelt werden. Dabei sollten seine wichtige Funktion als Kalt- und Frischluftschneise sowie der große ökologische Wert entstehender Naturräume und unversiegelter Flächen weiterhin im Fokus stehen. Im denkmalgeschützten Flughafengebäude soll nach unserer Vorstellung der „Kulturhafen Tempelhof“ entstehen – mit der ZLB im Zentrum, Museen, Eventflächen und vielleicht sogar Wohnungen.

Für eine echte Bürger_innenbeteiligung in allen Fragen

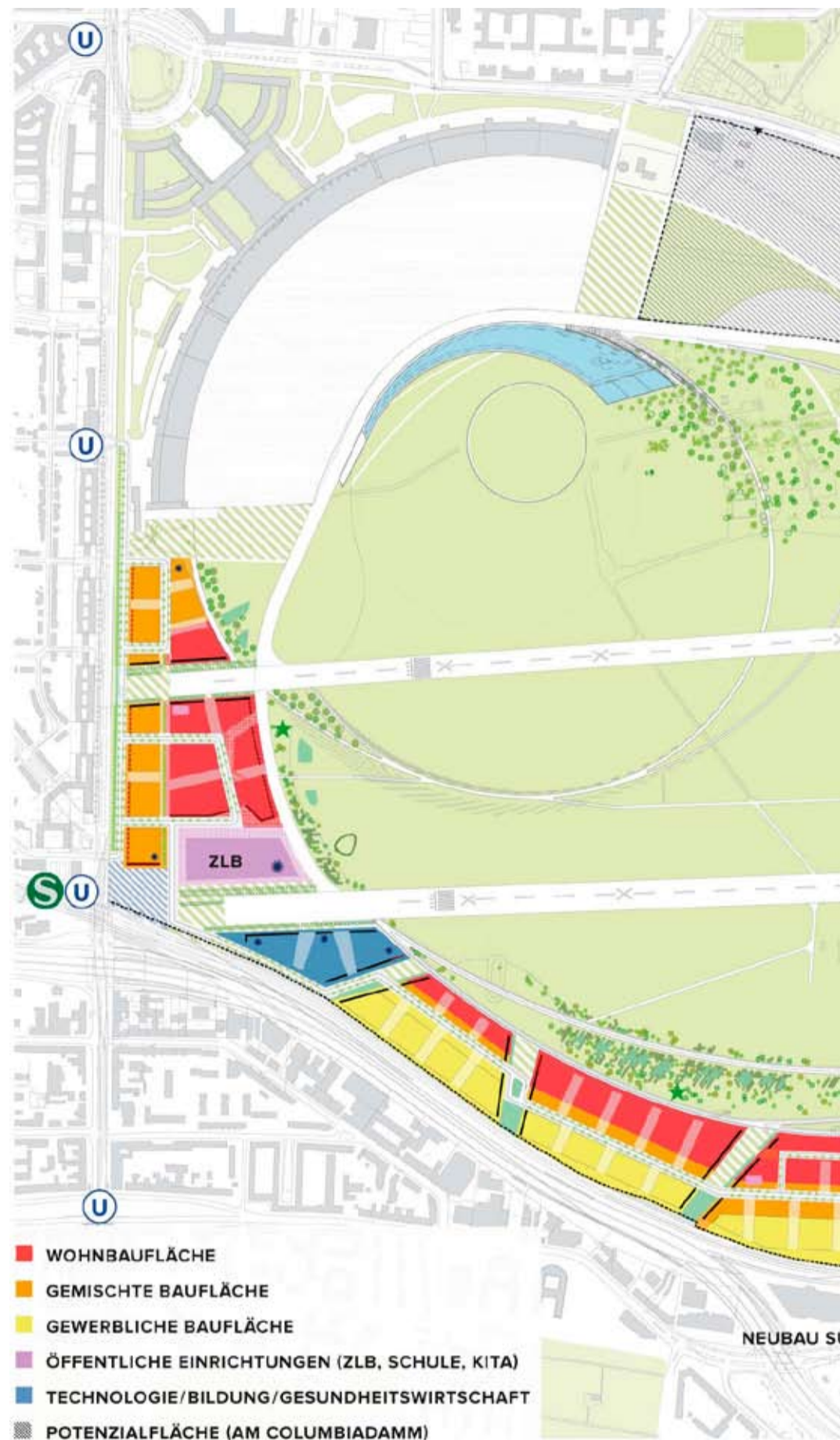
Zunächst muss aber eine breite Diskussion mit den Berlinerinnen und Berlinern gefördert werden: Was ist in Zeiten des Klimawandels die nachhaltigste Lösung für die Stadt? Wo und zu welchen Konditionen können bezahlbare Wohnungen gebaut werden und wie soll diese Bebauung aussehen? Wie viel Grün- und Erholungsflächen brauchen wir für die wachsende Bevölkerung dieser Stadt?

Das, was der Senat bis zum jetzigen Stand an Beteiligungsformen eingebracht hat, beschränkt sich allein

auf die Diskussion über die künftige Parkgestaltung. Dabei bleiben die Möglichkeiten der Mitbestimmung des großen Ganzen unsichtbar und Anregungen weitestgehend ungehört. Die Tatsache, dass die Entwicklung der umliegenden Quartiere unmittelbar mit der Entwicklung der Freifläche zusammenhängt, sollte Inhalt eines breiten Beteiligungsverfahrens

sein. Dieses ermöglicht so einen Konsens zwischen den unterschiedlichen Zukunftsperspektiven. Die Schaffung eines Beirates, der den Dialog zwischen Bevölkerung, Initiativen, Verwaltung und Politik ernsthaft verfolgt, ist der richtige Schritt aus der Planungsmisere.

Antje Kapek, MdA



Antje Kapek sitzt für Bündnis 90 / Die Grünen im Abgeordnetenhaus. Die Stadt- und Regionalplanerin hat ihren Schwerpunkt in der nachhaltigen Stadtentwicklung. Zentral ist für sie dabei eine transparente Politik, die auf Beteiligung basiert. Zusammen mit den Berlinerinnen und Berlinern möchte sie einen offenen Austausch für ein grünes Berlin führen.
 Foto: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Dem Verwertungsdruck nicht nachgeben!

Warum wir das Volksbegehren „100 % Tempelhof“ unterstützen – und uns auch eine Erweiterung des Friedhofs oder Sportflächen am Rand des Feldes vorstellen können.

Innerhalb kürzester Zeit sind die erforderlichen 20.000 Unterschriften für das Volksbegehren der Initiative „100% Tempelhof“ zusammengekommen. Es waren genau 28.147 gültige Unterschriften, die am 31. Januar 2013 vorgelegt wurden. Ein erster, kleiner Erfolg, zu dem auch die Neuköllner Grünen beigetragen haben.

Dabei lehnen wir eine Bebauung nicht so kategorisch ab, wie es im Gesetzentwurf des Volksbegehrens formuliert ist. Wir wollen zumindest prüfen, ob eine Bebauung mit Schulinfrastruktur für die Schulen im Schiller- und im Körnerkiez nicht sinnvoll sein könnte. Möglich, dass es Alternativen in bestehenden Gebäuden gibt, um die Peter-Petersen- und die Boddin-Grundschule zu entlasten – aber was, falls sich herausstellt, dass das nicht geht? Da ist uns der Entwurf des Volksbegehrens zu unflexibel. Genauso steht es um die

Erweiterung des Friedhofs der Sehlik-Moschee: Dieser ist nicht nur der älteste islamische Friedhof der Stadt, sondern er liegt auch gut erreichbar für Familien aus Neukölln, Kreuzberg und Tempelhof – was den Besuch bei den Toten der Familie nach dem Gebet leicht möglich macht. Es schadet dem Feld nicht, ein bisschen kleiner zu werden, um den Menschen einen Ort für ihre Toten und zum Trauern zu geben. Schade, dass auch dieses sehr verständliche Anliegen im Gesetzentwurf der Initiative ausgeschlossen wird.

Warum unterstützen wir dennoch das Volksbegehren?

Die Arroganz des Senats, völlig ungerührt von dem Widerstand gegen seine Pläne, weiter teure und unsinnige Großprojekte wie den Bibliotheksneubau und die Wohnbebauung voran zu treiben, ist für uns unerträglich. Die angebliche Bürger_innenbeteiligung, die von der „Tempelhof Projekt GmbH“ durchgeführt wurde, diente nur dazu, den Vorhaben des Senates einen bürger_innennahen Anstrich zu geben. Wer dabei war,

hat erlebt, wie mit den Ideen der Bürger_innen umgegangen wurde. Wir wollen eine ernsthafte Bürger_innenbeteiligung, auch wenn wir dann unsere Vorstellungen korrigieren müssen. Wir wollen vor allem keine Umgestaltung des Tempelhofer Feldes, die allein der Marktlogik folgt. Die finanzielle Lage Berlins ist auch das Resultat von Fehlplanungen wie beim Flughafen Schönefeld und unsinniger Projekte wie der A100 – des teuersten Autobahnabschnitts der Republik. Auch der Neubau der Bibliothek auf dem Tempelhofer Feld wird wieder

BEITRAG DER INITIATIVE „100 % TEMPELHOFFER FELD“

Volksbegehren THF 100% auf Erfolgskurs

Am 9. September 2010 traf sich eine Gruppe von Fans des Tempelhofer Wiesenmeers im Cafe Engels und gründete die Bürger_inneninitiative „100% Tempelhofer Feld“. Ihr Ziel: der Erhalt des Tempelhofer Felds. Die Gründe dafür können nicht oft genug genannt werden: Das Tempelhofer Feld auf der Hochebene des Teltow ist aufgrund seiner Größe (ca. 300 ha) und

seiner weiten, zusammenhängenden Trockenwiesen die größte natürliche Klimaanlage Berlins und spendet uns heute – und folgenden Generationen im Klimawandel – nicht nur Kühlung in tropischen Sommernächten, sondern eine stetige Zufuhr frischer Luft in die Innenstadt. Es ist aufgrund seiner Eigenart und Schönheit beliebtes Ausflugsziel der Berliner_innen und

trägt zum guten Ruf der „lebendigen Stadt im Grünen“ weltweit bei. Außerdem ist es Lebensraum seltener und daher geschützter Pflanzen und Tiere. Nicht zuletzt soll es eine mögliche Dispositionsfläche für Stadtentwicklungsvorstellungen unserer Nachkommen sein und schon deshalb der Landnahme der Immobilienwirtschaft mit ihren auf große Renditen abzielenden Verwertungsinteressen entzogen werden.

Die Berliner Bürger_innen wollen ihr Feld behalten

Bei der Mehrheit der Berliner_innen rannten wir mit diesem integrierten ökologischen Stadtentwicklungskonzept von Anfang an offene Türen ein: Innerhalb von nur sechs Wochen stimmten im Januar 2013 mehr als 28.000 wahlberechtigte Berliner_innen dafür, dass wir unser Gesetz zum Erhalt des Tempelhofer Felds dem Abgeordnetenhaus zur Beratung vorlegen dürfen. Damit ist diese Volksinitiative die bisher erfolgreichste bundesweit! Alle Meinungsumfragen bestätigen: Eine Mehrheit der Berliner_innen in West und Ost lehnt die Bebauung des Feldes ab, allen gegenteiligen Bemühungen der Senatsverwaltung zum Trotz.

Und die Berliner Politik?

Auch die Politik zieht in Teilen mit: Linke, Piraten und CDU in Tempelhof-Schöneberg unterstützen uneingeschränkt die Ziele und Begründungen der Bürger_inneninitiative zum Erhalt des Tempelhofer Felds. Abgelehnt wird jegliche Bebauung des Feldes unter Hinweis auf ausreichende Wohnbauerservierflächen im Bezirk und Bezug nehmend auf die Prinzipien einer Flächen schonenden Stadtentwicklung. Abgelehnt wird auch der Standort am Tempelhofer Damm für eine Zentralbibliothek (ZLB).

Bündnis90/Die Grünen lehnen in ihren Parteitagebeschlüssen auch den geplanten Standort für eine ZLB ab und ebenso eine Wohnbebauung entlang des Südrings und des Columbiadammes (die nicht vor 2025 erfolgen soll), könnten aber mit einer Wohnbebauung am Tempelhofer Damm leben. Grüne Unterstützung findet teilweise auch die Idee, auf Neuköllner Gebiet des Tempelhofer Felds einen neuen Schulstandort auszuweisen. Überflüssig, wie wir meinen, weil nach Verlegung der Berufsschule aus der ehemaligen Akademie für

Bauwesen in diesem herrlichen Gebäudekomplex mitten im Schillerkiez ein „Schiller-Campus“ für Kinder, Jugendliche und Erwachsene entstehen könnte – behutsame Stadterneuerung mit Gebäuderecycling vor Neubau. Unglücklich auch ein Antrag im Abgeordnetenhaus, mit dem die Grüne Fraktion

ihr Koalitionspartner, die CDU, bei der SPD auf Granit. Die CDU, die tatsächlich einen Bürger_innendialog über die Nachnutzung des Tempelhofer Felds in Gang setzen will und Vertreter_innen der Bürger_inneninitiative in den Fraktionsarbeitskreis zum Tempelhofer Feld zur Mitarbeit



on

richtigerweise ein Planungsmoratorium fordert, solange das Volksbegehren läuft, aber dann leider mit dem Zusatz, dass in diesem Zeitraum eine „Bürger_innenbeteiligung zur Bebauung des Tempelhofer Felds“ stattfinden soll. Wir fordern einen ergebnisoffenen Planungsprozess mit echter Bürger_innenbeteiligung.

Unser Volksbegehren im Abgeordnetenhaus – gemischte Reaktionen

Anfang Mai 2013 brachten wir schließlich unser Volksbegehren – unterstützt mit 28.147 Unterschriften der Berliner_innen und nach rechtlicher Prüfung durch den Senat – ins Abgeordnetenhaus ein. Parallel dazu starteten wir die Einladung an die Fachpolitiker_innen aller Fraktionen zum Dialog mit der Bürger_inneninitiative. Unterstützung finden wir erneut bei der Fraktion Die Linke verbunden mit dem Signal, uns auch logistisch während der Bundestagswahlen zu unterstützen. Wenig überraschend die uns bereits bekannte Verweigerungshaltung der SPD-Politiker_innen: Sie folgen anscheinend klaglos allen Irrungen der Senatsverwaltung und ihrer Fraktions- und Parteispitze zur immer massiveren Bebauung des Feldes und entziehen sich konsequent dem Bürger_innendialog von unten. Selbst

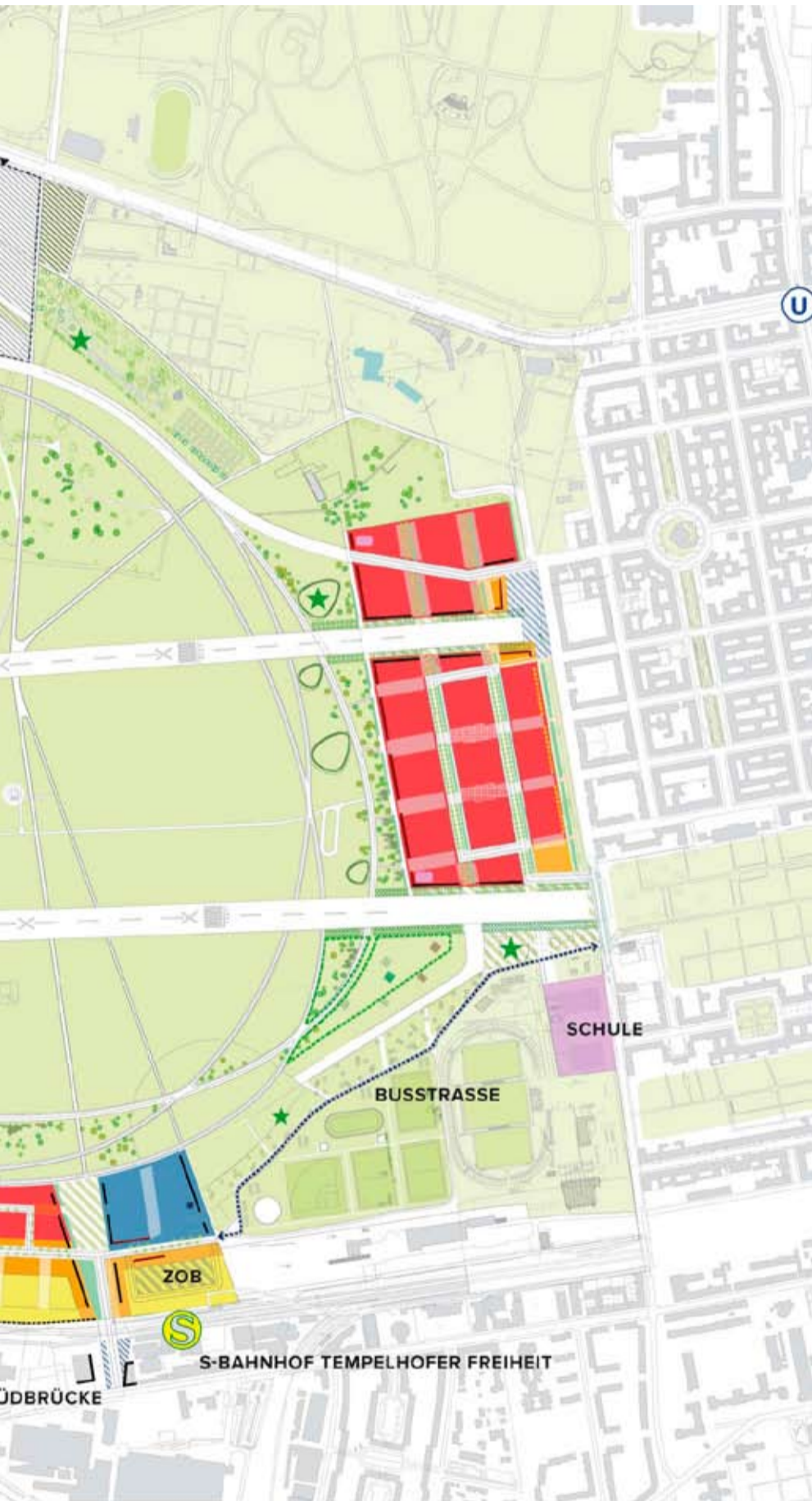
eingeladen hat, stößt bei der SPD mit soviel Bürger_innenpartizipation auf Widerwillen. Dieser SPD wird es schlussendlich auch anzurechnen sein, dass unser Volksbegehren nicht auf die Tagesordnung des Abgeordnetenhauses gesetzt wird. Der Grund: Dem Volksbegehren soll im Abgeordnetenhaus keine Bühne gegeben werden. Ein Gespräch mit den grünen Fachpolitiker_innen wird gerade vorbereitet.

Wie geht es weiter?

Die Koalitionsmehrheit im Abgeordnetenhaus wird sich mit unserem Gesetzentwurf nicht befassen. Das bedeutet für den weiteren Gang des Volksbegehrens, dass die nächste Unterschriftensammlung ab September 2013 stattfinden wird. Dann bitten wir alle Berliner_innen, uns mit ihrer Unterschrift darin zu unterstützen, dass sie im Frühjahr 2014 selbst per Volksentscheid an der Urne darüber entscheiden dürfen, ob das Tempelhofer Feld in seinem Charakter erhalten werden soll oder ob es bebaut werden wird. Und wir sind sicher: Das Tempelhofer Feld bleibt zu 100 % für alle!

Weitere Informationen gibt es auf der Webseite der Bürger_inneninitiative unter www.thf100.de.

Michael Schneidewind, Mitglied der Initiative „100% Tempelhofer Feld“



So soll das Tempelhofer Feld nach den Vorstellungen des rot-schwarzen Senats in Zukunft aussehen... Quelle: www.tempelhoferfreiheit.de

enorme Kosten nach sich ziehen, von denen der Senat natürlich nicht redet: Die AGB am Halleschen Tor muss saniert werden, weil sie unter Denkmalschutz steht und weil sie in Kreuzberg weiter als Bildungsstandort gebraucht wird. Auch für den Bibliotheksstandort an der Breiten Straße muss eine neue Verwendung gefunden werden. Im Kulturausschuss hat der Senat vorgeschlagen, das Berliner Stadtmuseum dort einzuziehen zu lassen, obwohl die Räume viel zu groß sind. Außerdem wird dann das Marienhaus frei bleiben, in das das Stadtmuseum

eigentlich einziehen sollte. Die Kosten für die Begutachtung des Marienhauses als Museumsstandort wären somit zum Fenster hinausgeworfen... Es wird an allen Orten Geld zum Fenster hinausgeworfen, um mit Großprojekten zu „glänzen“.

Gemeinsam mit den Bürger_innen planen, nicht gegen sie oder an ihnen vorbei

Die Fraktion von Bündnis 90/ Die Grünen im Abgeordnetenhaus hat den Antrag zu einem Moratorium

eingebraucht: Keine Fakten schaffen auf dem Tempelhofer Feld, bevor nicht für das Gebäude – den finanziell derzeit größten Brocken – eine gute Lösung gefunden wurde. Und dann langsam weiter: Mögliche Flächen zu Wohnbebauung in der Stadt endlich komplett erfassen und eine berlinweite Gesamtplanung vorlegen, in Neukölln prüfen, wohin die Schulen ausweichen könnten, die Friedhofsstandorte mit allen Beteiligten disku-

tieren... Wir wollen nicht, dass das Tempelhofer Feld Scheibe für Scheibe für die Haushaltssanierung geopfert wird, wir wollen einen offenen Meinungsbildungsprozess mit allen Bürger_innen und somit das Beste für diesen wunderbaren, offenen Ort inmitten der Stadt. Deshalb werden wir auch wieder mit Unterschriften

Susanna Kahlefeld ist direkt gewählte Abgeordnete aus Neukölln. Sie setzt sich für eine gelungene Integration in Berlin ein. Integration bedeutet für Susanna Kahlefeld gleichberechtigte Teilhabe für alle, die in Berlin leben. Deshalb setzt sie sich für Bildung und Arbeit, politische Mitbestimmung wie das Wahlrecht auf kommunaler Ebene für alle sowie eine humanitäre Asyl- und Flüchtlingspolitik ein.
Foto: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen



sammeln und mit den Initiator_innen gemeinsam Widerstand leisten gegen den Druck des Grundstückmarktes und einen Senat, der das Tempelhofer Feld meistbietend verkaufen möchte.

Susanna Kahlefeld, MdB

Für mehr Anstand in der Flüchtlingspolitik

64.539 Asylerstanträge wurden 2012 in Deutschland gestellt. Das sind mehr als in den Vorjahren. Doch wenn wir die Zahlen mit denen zu Beginn der neunziger Jahre – bevor das Asylrecht dramatisch eingeschränkt wurde – vergleichen, beantragen noch immer wenig Menschen Asyl. Die Panikmache, unsere Gesellschaft sei dem nicht gewachsen, ist völliger Quatsch. Eine Gesellschaft wird es verkräften, wenn im Vergleich zur Bevölkerungszahl weniger als 0,1 Prozent hier Schutz suchen. Und Probleme, die es etwa aufgrund fehlender Wohnmöglichkeiten gibt, wären nicht entstanden, wenn die Politik früher tätig geworden wäre. Denn klar ist: Flüchtlinge benötigen Schutz. Besonders deutlich wird das, wenn man sieht, aus welchen Ländern die meisten kommen: 2011 waren das Afghanistan und der Irak. Unsere Verantwortung hier abzustreiten wäre mehr als zynisch.



Der Irrweg im europäischen Asylsystem

Haben Flüchtlinge nach ihrem langen Weg Deutschland erreicht und einen Asylantrag gestellt, glauben sie an ein rechtsstaatliches Verfahren, das sich an Menschenrechten orientiert. Was sie jedoch kennen lernen, ist ein flüchtlingspolitischer Irrweg in Europa, der den Namen „Dublin-II-Verfahren“ trägt. Denn die erste Frage der Behörden richtet sich nicht nach den Fluchtgründen, sondern nach dem Fluchtweg. Und wer vorher durch einen anderen EU-Staat (z.B. Island, Norwegen, Schweiz) geflohen ist – was außer bei einer Flucht per Flugzeug oder Schiff immer der Fall ist – für den ist Deutschland im Asylverfahren nicht zuständig und der kann einfach abgeschoben werden.

2012 hat Deutschland 11.469 Ersuchen zur Rücknahme von Flüchtlingen an andere EU-Staaten gestellt und damit seine Zuständigkeit für die Asylverfahren abgelehnt. Noch immer geht es also in fast jedem fünften Asylverfahren zunächst nicht um die Sache, sondern ausschließlich um die Zuständigkeit. Doch das Dublin-

II-Verfahren ist nicht nur für die EU-Außenstaaten ungerecht, die im Vergleich zu Binnenstaaten wie Deutschland viel mehr Asylsuchende aufnehmen. Das Verfahren ist vor allem für die Flüchtlinge ungerecht, die sich nicht selbst bestimmt für ein Land entscheiden können, dessen Sprache sie vielleicht schon sprechen, wo sie Familie oder Freund_innen haben. Es gilt allein der Fakt, wo sie als erstes ihren Fuß auf den Boden setzen.

Im Asylverfahren – Sammelunterkunft, Arbeitsverbot, Residenzpflicht

Ist die Dublin-II-Hürde genommen, geht es endlich um die Sache. Es finden Anhörungen vor dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge statt, manche Flüchtlinge befinden sich in ärztlicher oder psychologischer Behandlung, manche sind anwaltlich beraten und ansonsten wird gewartet. Gewartet auf den Bescheid, der über die Zukunft entscheidet. Der entscheidet, ob man bleiben darf, ein bisschen bleiben darf oder gleich gehen muss. Und währenddessen darf nichts anderes gemacht werden. Denn Flüchtlinge dürfen nicht arbeiten und keine Ausbildung machen, meist wohnen sie in Gemeinschaftsunterkünften unter menschenunwürdigen Bedingungen und dürfen

ihren Landkreis oft wegen der sogenannten Residenzpflicht nicht verlassen. Und bis zu einer rechtskräftigen Entscheidung (ggf. inklusive Gerichtsverfahren) vergingen im Jahr 2011 durchschnittlich 12,2 Monate, bei Flüchtlingen aus Russland sogar mehr als 20 Monate.

Flüchtlingspolitik – das grüne Herzensthema

Flüchtlingspolitik ist grünes Herzensthema. Viele unserer Forderungen sind nicht neu, aber bei manchen Themen haben wir es bisher leider nicht geschafft, Mehrheiten in den Parlamenten und Regierungen zu schaffen. Aber wir werden weiter dafür kämpfen. Und als nächstes ist im Herbst der Bundestag dran.

In unserem Wahlprogramm setzen wir einen Schwerpunkt auf Flüchtlings- und Integrationspolitik. Und eins ist klar: Wer mit uns regieren will, muss in diesem Politikfeld mit uns viel anpacken. Wir wollen die Abschiebehafte, die Residenzpflicht und das Asylbewerberleistungsgesetz abschaffen. Wir wollen Flüchtlingen auch während des Asylverfahrens ermöglichen, zu arbeiten oder eine Ausbildung zu machen. Insbesondere syrischen Flüchtlingen wollen wir

es erleichtern, nach Deutschland zu kommen und dauerhaft zu bleiben. Und die rassistische Diskriminierung von Roma in ihren Herkunftsstaaten muss in Asylverfahren endlich angemessen berücksichtigt werden, anstatt sie auch hier weiter zu diskriminieren.

Ganz wichtig: Der Irrweg im europäischen Asylsystem muss ein Ende haben. In der Regierung werden wir Grünen dafür kämpfen, dass alle nach Deutschland kommenden Flüchtlinge hier ein faires Asylverfahren bekommen – anstatt sie aus formalen Gründen nach Polen, Italien oder Ungarn abzuschicken.

Und wir möchten allgemein über den Sinn und Zweck von Abschiebungen reden. In einem ersten Schritt wollen wir für einzelne Länder einen allgemeinen Abschiebestopp erlassen, wenn nicht eindeutig ausgeschlossen werden kann, dass es dort zu erneuten Verfolgungen kommt.

Zum Schluss: die doppelte bzw. mehrfache Staatsbürgerschaft ist längst überfällig. Schluss mit dem Optionszwang, der vor allem deutsch-türkische junge Menschen diskriminiert. Und für all das brauchen wir Ihre und Eure Unterstützung: am 22. September und danach!

Paula Riester

FÜR MICH IST NEUKÖLLN:

„...schön, bunt und anders!“
Margarete, 47 Jahre

Paula Riester ist Sprecherin der Grünen Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung Friedrichshain-Kreuzberg und kandidiert auf Platz 5 der Berliner Landesliste zur Bundestagswahl 2013. Die politischen Schwerpunkte der Juristin liegen in den Bereichen Internationales, Umwelt und Frauen sowie in der Integrations- und Asylpolitik. www.paula-riester.de

Foto: Paula Riester

Flüchtlinge – überall in der Stadt außer in Neukölln?

Seit Monaten kommen zunehmend Flüchtlinge aus verschiedensten Ländern auch nach Berlin, für die die Notwendigkeit einer menschenwürdigen Unterbringung besteht. Bereits im vorigen Jahr hat der Senat daher Zielzahlen für die einzelnen Bezirke festgelegt, Neukölln muss 543 Plätze zur Verfügung stellen.

Unser Bezirk hat bisher nur sehr wenige Unterkünfte anbieten können. Das liegt zum einen daran, dass es keine freien Gebäude mehr gibt, über die das Bezirksamt verfügen könnte. Schließlich werden hier seit Jahren alle nicht mehr genutzten Grundstücke unverzüglich dem Liegenschaftsfonds zur Vermarktung übergeben. Zum anderen nimmt der Bezirk bei den Unterbringungsangeboten von Wohnungslosen einen „Spitzenplatz“ ein.

Nun gab es zunächst in Rudow ein Grundstück, das für temporäre Unterkünfte genutzt werden sollte. Da hier aber schon im übernächsten Jahr die Vorbereitungen für den dringend notwendigen Neubau der Clay-Oberschule beginnen sollen, konnte dies nur eine Lösung von kurzer Dauer sein. Besser geeignet erschien ein Grundstück in der Britzer Späthstraße, das ein privater Eigentümer zur Verfügung stellt. 300 Menschen sollten dort eine Bleibe finden – allerdings ebenfalls nur für einen begrenzten Zeitraum. Aus diesem Grunde ist dieser Ort ebenfalls infrage gestellt, da bisher zwischen Eigentümer und Senat keine Einigung über die Bedingungen erzielt werden konnte.

Ungeachtet dessen waren beide Standorte – kaum dass sie genannt waren – Gegenstand heftiger Angriffe. In Rudow organisierten Abgeordnete und Bezirksverordnete der CDU eine Protestveranstaltung, in der nicht nur heftige Kritik aus der Bevölkerung geäußert, sondern insbesondere von anwesenden NPD-Mitgliedern unheimlich rassistisch und „völkisch“ gegen die zukünftigen Bewohner_innen getetzt wurde.

Nach Rudow ist es nun Britz, das „deutsch bleiben“ soll, wie die NPD in ihren Flugblättern verkündet. Von den rechten Hetzer_innen abgesehen haben bei mir auch Initiativen von

kein mensch ist illegal

Diese Einsicht setzt sich leider nur langsam durch.

Grafik: www.5.kmii-koeln.de

Anwohner_innen Unterschriftenlisten eingereicht, die der Ansiedlung von Flüchtlingen und Asylbewerber_innen mit großer Besorgnis entgegensehen. Sie führen soziale Probleme, Ghettoisierung und ein „Kippen“ der sozialen Zusammensetzung ihres Kiezes an.

Dahinter steckt – mehr oder minder offen – die Angst, dass in „meine“ Wohngegend nunmehr fremdländische Menschen mit fremdartigen Bräuchen und unangepasster Lebensweise „einfallen“ und das gewohnte Umfeld beeinträchtigen. Oftmals wird unterstellt, dass die Ankommenen kriminelle Taten verüben würden, Diebstahl, sexuelle Belästi-

gun, Gewalttaten oder auch „nur“ Betteln, Vermüllung oder Lärmbelästigung werden befürchtet. Die einschlägigen Medien wie BILD oder B.Z. lassen keine Gelegenheit vorübergehen, derartige Einstellungen durch entsprechende Schlagzeilen zu verstärken.

Zum Glück gibt es aber eine Gegenbewegung: Anwohner_inneninitiativen gegen Rechtsextremismus, Kirchengemeinden und Einzelpersonen haben die Bereitschaft signalisiert, die Aufnahme von Flüchtlingen zu unterstützen und konkret Hilfe anzubieten. Es kommen ja schließlich normale Menschen, die nicht wegen der deutschen Sozialleistungen ihre Heimat verlassen, sondern wegen Krieg, religiöser oder politischer Verfolgung oder wegen ethnischer Diskriminierung, um nur einige der wichtigsten Gründe zu nennen.

Für mich ist es selbstverständlich, dass Neukölln seiner Verpflichtung nachkommt, Unterkunftsmöglichkeiten für Flüchtlinge zu schaffen und ich bemühe mich zurzeit konkret darum, hier ein Angebot zu organi-

sieren. Die Forderung des Flüchtlingsrats und anderer Organisationen, Hilfesuchende in Wohnungen unterzubringen, teile ich. Auch für mich wäre das die optimale Lösung. Leider ist die Wohnungssituation jedoch derart dramatisch und für Menschen mit sozialer Problematik ist kaum noch Wohnraum zu finden – also auch nicht für Flüchtlinge und Asylbewerber_innen.

Ich stelle mir vor, dass man Patenschaften organisiert, Hilfe bei Behördenangelegenheiten oder Sprachpartnerschaften anbietet, dass die Kinder mitgenommen werden beim Familienausflug oder zum Zoobesuch, dass Kleider oder notwendiger Hausrat gespendet werden – der Möglichkeiten gibt es viele. Wichtig ist vor allem der menschliche Kontakt, eine Willkommenskultur, die signalisiert: „Ich habe Verständnis für Deine Notlage, ich stehe Dir bei.“

Zum Glück gibt es immer noch Menschen, die sich der Tatsache bewusst sind, dass vor gerade mal einer Generation auch viele Deutsche auf Hilfe von anderen angewiesen waren. Lasst uns also überlegen, wie wir gemeinsam dazu beitragen können, Menschen in Not eine Perspektive zu geben – auch in unserem Bezirk.

Bernd Szczepanski, Sozialstadtrat

Bernd Szczepanski ist seit Ende 2011 Neuköllner Sozialstadtrat und damit auch zuständig für die Belange von Flüchtlingen im Bezirk.

soul bottles

Die saubersten Trinkflaschen der Welt, 100% plastikfrei und mit unzähligen coolen Designs. Komplette CO2-neutral produziert.

www.soulbottles.com

EINE HERAUSFORDERUNG FÜR ALLE BETEILIGTEN

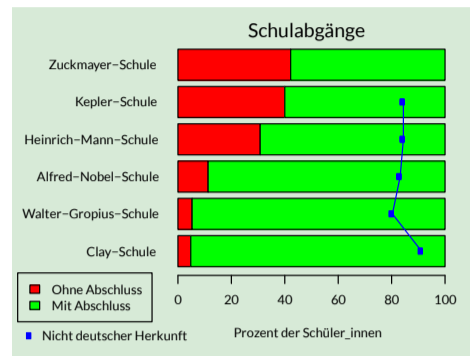
Entdeckungsreise in die „Bildungslandschaft“

Förderprognosen an Neuköllner Grundschulen im Schuljahr 2012/13

Für etwa 1900 Neuköllner Schüler_innen der sechsten Klassen geht es nach den Sommerferien auf Entdeckungsreise und ein neuer Lebensabschnitt auf der Oberschule beginnt. Rund 700 Schüler_innen erhielten eine Empfehlung für das Gymnasium, das sind etwa 36 %. Die Anzahl der Förderprognosen an den Grundschulen im Süden ist durchschnittlich höher als im Norden. Natürlich gibt es auch Ausnahmen, aber man könnte vermuten, dass es einen Zusammenhang zwischen der Heterogenität an den Schulen im Norden und den geringeren Gymnasialempfehlungen gibt. So gibt es an der Karl-Weise-Schule gerade mal für sechs von 38 Schüler_innen eine Empfehlung für das Gymnasium, an der Hermann-Boddin-Schule sind es nur elf von 48 Schüler_innen. Hingegen sind es an der Schliemann-Schule 51 von 76 Schüler_innen, die eine Gymnasialempfehlung erhielten, an der Janusz Korczak-Schule 18 von 37 Schüler_innen.

Heterogenität im Unterricht ist eine Herausforderung für alle Beteiligten, aber ein enormer interkultureller Schatz für Lehrer_innen und Schüler_innen. Dadurch erwerben die Schüler_innen vielfältige Kompetenzen. Fakt ist aber, dass Schulen in sozialen Brennpunkten eine Finanzierung über 100 % hinaus benötigen, damit der Schulalltag hochwertig organisiert werden kann. Demnächst erhalten diese Schulen zusätzliche Gelder, die zu ihrer freien Verfügung stehen. Es ist eine der größten Herausforderungen, dafür die Rahmenbedingungen zu schaffen, dass alle Kinder unabhängig von ihrer sozialen, ethnischen oder religiösen Herkunft gleiche Bildungschancen erhalten und unabhängig von der Wahl der

Grundschule diese mit einer sicheren Grundbildung am Ende der sechsten Klasse verlassen. Wir alle wissen, dass eine Gymnasialempfehlung kein Garant dafür ist, die Zeit auf dem Gymnasium mit zufrieden stellenden Noten zu überstehen, aber sie gibt Schüler_innen Wahlmöglichkeiten und darum geht es. Jede_r Schüler_in



Grafik: Karin Nadrowski

sollte die Wahl haben. Wenn Schüler_innen sich mit einer Förderprognose für die Integrierte Sekundarschule am Gymnasium anmelden, bedeutet das oftmals, dass sie aus der Defensive heraus lernen und sich verhalten und auch, dass die Lehrer_innen des Gymnasiums „einen kritischeren Blick“ auf diese Schüler_innen haben.

„Umsteiger_innen“ – Etwa 100 Schüler_innen werden auch im Schuljahr 2012/13 das Probejahr nicht bestehen

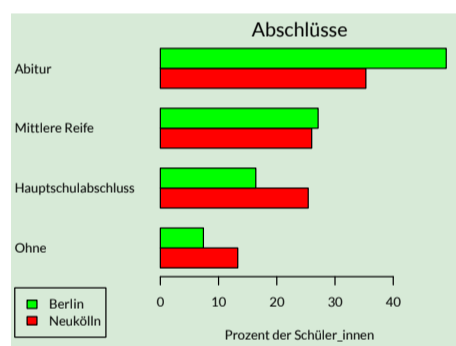
Es ist eine sehr schmerzliche Erfahrung für Schüler_innen und Eltern gleichermaßen. Wie im Schuljahr 2011/12 verlassen auch 2012/13 etwa 100 Schüler_innen das Gymnasium, die das Probejahr nicht bestehen. Das Bezirksamt erläutert zu einer Großen Anfrage der Grünen Fraktion, dass ein Grund für die hohe Zahl der Umsteiger_innen die Tatsache sei, dass viele Eltern ihre Kinder entgegen der Förderprognose auf dem Gymnasium

anmelden. Man geht davon aus, dass die Kernfächer Deutsch, Mathe und Englisch zu den „Problemfächern“ gehören. Benötigt werden eine noch genauere Diagnostik der Lerndefizite und individuelle, angepasste Lernmaßnahmen in den dementsprechenden Fächern, um ein Weiterkommen auf dem Gymnasium zu ermöglichen.

Wie auch im Vorjahr werden vier „Umsteiger_innenklassen“ eingerichtet. Jeweils zwei an der Alfred-Nobel-Schule (ISS) und zwei an der Zuckmayer-Schule (ISS). Das kann keine Dauerlösung sein, denn es bedeutet auch Stigmatisierung der Schüler_innen, die ohnehin traumatisiert sind. Es ist zu vermuten, dass auch die Lehrerschaft an den Integrierten Sekundarschulen (ISS) mit der neuen Situation vor eine Herausforderung gestellt ist und sie durch mehr Personal unterstützt werden müssten, um dementsprechende zusätzliche Förderangebote zu schaffen.

Die neuen Schulabschlüsse – Chance und Herausforderung zugleich

Gefördert werden müssen auch die Schüler_innen der ehemaligen Hauptschule. Die Schulreform hat neue Schulabschlüsse geschaffen. „BBR“ bedeutet „Berufsbildungsrei-



Grafik: Karin Nadrowski

fe“ und ersetzt den bisherigen und erst kürzlich abgeschafften Hauptschulabschluss. Haupt- und Realschule gibt es nicht mehr, das Sitzenbleiben in der Integrierten Sekundarschule (ISS) auch nicht mehr. Am Ende der zehnten Klasse verlassen Schüler_innen diese entweder mit der BBR oder dem MSA (Mittlerer Schulabschluss), der vielen bekannt ist. Die Schüler_innen des neunten Jahrgangs (Schuljahr 2012/13) absolvierten erstmals eine schriftliche Klausur in den Fächern Deutsch und Mathe. Das kann unter Umständen eine wirkliche Herausforderung darstellen: Von der Prüfung völlig überraschte Schüler_innen und Lehrer_innen, die schmerzhaft erfahren müssen, dass der in der Prüfung abgefragte Grundstoff in den Fächern Deutsch und Mathe zu einem Problem werden kann und Eltern, die die neuen Abschlüsse völlig verwirrend finden. Der Rahmenplan der Sekundarschule wurde den neuen Bedingungen nicht angepasst und so wird auch im neuen Schulsystem gesiebt, nur erst ab der neunten Klasse. Auch wenn es das Stigma des Hauptschülers nicht mehr gibt, sind die Probleme nicht geringer geworden. Mit Abschaffung der Hauptschule wurden auch kleine Klassen abgeschafft und eine individuelle, den Kenntnissen angepasste Beschulung ist nicht umzusetzen. So müssen neue Wege der Vorbereitung auf die Prüfung in der neunten Klasse beschritten werden, um Zusatzangebote in den Kernfächern zu schaffen, damit die BBR erfolgreich bestanden wird und die Schüler_innen sich auf die Folgeprüfung MSA vorbereiten können.

359 Neuköllner Schulabgänger ohne Schulabschluss

Eine traurige Bilanz im Schuljahr 2012: Von 2.700 Schulabgänger_innen an den öffent-

lichen Neuköllner Schulen haben 359 Schüler_innen keinen Schulabschluss. Das sind 13,3 % und der Berliner Durchschnitt liegt bei 7,4 %. In Neukölln ist er also fast doppelt so hoch. Von der Zuckmayer-Schule gehen 68 von 161 Schüler_innen ohne Schulabschluss ab – 42,2 %. Wir erinnern uns kurz, dass die „Umsteiger_innen“ vom Schuljahr 2012/13 in Umsteigerklassen an der Zuckmayer-Schule untergebracht werden. Hingegen sind es an der Alfred-Nobel-Schule nur 18 von 159 Schüler_innen, die die Schule ohne Schulabschluss verlassen. Jede_r Schüler_in ist zu viel, aber die hohe Zahl an der Zuckmayer-Schule wirft Fragen bezüglich der Einrichtung von Umsteiger_innenklassen auf, die offen im Bezirksamt angesprochen werden müssen.

Was sind die Ursachen und welche Lern-Förderungsmaßnahmen (Umfang der Maßnahmen) wurden seitens der Schule eingesetzt, um die gefährdeten Schüler_innen zum Schulabschluss zu führen?

In Neukölln verließen 2012 nur 35,3 % die Oberschule mit dem Abitur, der Berliner Durchschnitt liegt bei 49,1 %. Das Bezirksamt wird recherchieren, wie viele Schüler_innen mit Migrationshintergrund 2012 das Abitur absolvierten. Es liegt die Vermutung nahe, dass der Anteil nicht zufrieden stellend sein wird und auch hier ein Umdenken erforderlich ist, um mehr Migrant_innen zum Bildungsaufstieg zu verhelfen. Jede_r Schüler_in hat eine Chance verdient. Alle Schüler_innen sind ein unverzichtbarer Teil unserer Gesellschaft und sie sollen ihre Zukunft mit Vertrauen und Perspektive gestalten. Sie sind auf unsere Zuversicht angewiesen und wir sind in der Verantwortung, alle unabhängig von ihrer sozialen, ethnischen und religiösen Herkunft aufzufangen.

Mahi Christians-Roshanai
Mitglied der Grünen BVV-Fraktion

NEUKÖLLNER_INNEN IM GESPRÄCH: DJAMILA BOUMEKIK

„Die Liebe hat mich nach Neukölln geführt.“

Djamila Boumekik ist gebürtige Algerierin, Mutter von drei Kindern und seit 22 Jahren Neuköllnerin mit ganzem Herzen. Seit 16 Jahren besitzt sie die deutsche Staatsangehörigkeit. Frau Boumekik ist seit langem ehrenamtlich aktiv: zwölf Jahre hat sie interkulturelle Kommunikation zwischen Kindern, Eltern und Lehrer_innen an der Peter-Petersen-Schule im Körnerkiez gefördert und das dortige Elterncafé aktiv mitgestaltet. 2006 absolvierte sie als eine der ersten die Ausbildung als Stadtteilmutter und arbeitete bis 2011 in diesem Bereich. Seit fast fünf Jahren leitet sie eine deutsch-arabische Mutter-Kind-Gruppe zusammen mit einer Kollegin im Familienbildungszentrum des Nachbarschaftsheim Neukölln. Seit Januar 2013 besteht dort auch eine interkulturelle Elterngruppe, welche Frau Boumekik mitorganisiert. Diese soll dazu beitragen, insbesondere türkische und arabische Familien zusammen zu bringen. Seit 2009 ist sie auch im Eltern-Aktiv-Zentrum der Elbe-Schule tätig.

Liebe Frau Boumekik, Sie engagieren sich auf vielen Ebenen in Neukölln, was hat Sie bewegt nach Berlin – insbesondere Neukölln – zu kommen?

Ich habe in Algerien im Büro gearbeitet. Damals habe ich sehr gespürt, dass ich unter den herrschenden Bedingungen keine Chance hatte, mein

Leben zu leben, so wie ich es wollte. Ich bin zuerst nach Marseille gezogen, später nach Berlin. Hier habe ich meinen Mann kennen gelernt, der schon in Neukölln wohnte und in Kreuzberg als Drucker arbeitete. Die Liebe hat mich nach Neukölln geführt.

Was ist für Sie das Besondere an Neukölln?

Neukölln, insbesondere der Körnerkiez, ist meine zweite Heimat geworden. Ich fühle mich hier sicher und geborgen. Ich kann mir inzwischen kein Leben ohne Neukölln vorstellen. Meine Kinder sind hier aufgewachsen und haben viele schöne Erlebnisse in Bezirk gemacht. Wenn ich aus Neukölln weg bin, vermisse ich den Kiez nach kurzer Zeit.

Was lieben Sie am Bezirk?

Ich liebe die Neuköllner Vielfältigkeit, das internationale Flair im Bezirk, die vielen Menschen aus aller Welt und natürlich die 48-Stunden-Neukölln. Traurig bin ich, weil die Zeit niemals reicht, um alles bei diesem Festival zu entdecken. Körnerpark und Richardkiez sind ganz besondere Orte für mich. Die alten Häuser in der Böhmisches Straße, die Kirche, der dörflichen Charakter ist schön. Auch das Britzer Schloss gefällt mir. Ich mag alte Architektur, aber auch das Tempelhofer Feld. Seine Weite, das internationale Publikum, hier spüre ich Freiheit, das ist einmalig. Hoffentlich wird dort nichts gebaut.

Was gefällt Ihnen gar nicht?

Die Menschen sind sehr achtlos, werfen ihren Müll auf die Straße, lassen den Hundekot liegen, das ist ein großes Problem. In den letzten Jahren hat sich auch das Straßenbild verändert. Die größeren Geschäfte und Kaufhäuser wurden geschlossen, nun gibt es überall Billigläden, Spielhallen und Wettbüros, das ist nicht schön.

Wie sehen Sie die aktuelle Entwicklung in Neukölln? Wie wird sich Neukölln in Zukunft verändern?

Ich finde die Situation hat sich verbessert. Die jungen Menschen, die nach Neukölln ziehen, bereichern das Leben. Wir sind wieder vielfältiger geworden. Es ist gut, wenn etwas mehr Deutsche im Kiez leben und mehr Deutsch als Muttersprache in der Schule gesprochen wird. Schlimm ist die Mietentwicklung. Viele können sich jetzt schon die hohen Mieten im Neuköllner Norden nicht mehr leisten. Arabische Familien werden vom Jobcenter gezwungen, in billigeren Wohnungen der Hochhausiedlungen in der Köllnischen Heide zu ziehen. Wenn Sie die Regierungsgewalt hätten, was würden Sie als dringendste Probleme ansehen?

Ich denke, die Unterstützung von Familien – insbesondere der Kinder – ist wichtig. Kinder brauchen Anreize zum Lernen und Vorbilder, die sie nicht immer in der eigenen Familie finden. Kinder sind unsere Zukunft,

das muss auch bei den Geldern für Bildung deutlich werden. Wir brauchen auch eine Langzeitförderung für wichtige Projekte. Es geht nicht, dass viele Förderungen nach drei Jahren enden. Es sollte auch mehr Aufklärung insbesondere für Mädchen geben. Sie sollen Möglichkeiten lernen, wie sie auf eigenen Beinen stehen können und Zukunftsperspektiven auch jenseits von Heirat finden.

Gibt es etwas Wichtiges, dass Sie noch sagen wollen?

Vor drei Jahren ist mein Mann von Rassisten in Neukölln überfallen worden. Er ist fast totgeschlagen worden. Bis heute sind die Täter nicht gefasst worden, das macht mir Angst. Die Polizei muss ermitteln. Die Gewalt muss ein Ende haben. Was geben Sie uns Grünen mit auf den Weg?

Wir brauchen die doppelte Staatsbürgerschaft. Es geht nicht, dass Menschen ihre Wurzeln verlieren müssen, um Deutsche zu werden. So können Neuköllner_innen besser integriert werden. Es muss endlich anonyme Bewerbungen geben. Ich sehe das andauernd bei den Bewerbungen meiner Kinder. Es reicht bei ihnen nicht, gut zu sein. Hier findet immer noch alltäglich Diskriminierung statt, weil Menschen z.B. nicht deutsch klingende

Namen haben.

Liebe Frau Boumekik, ich danke Ihnen für das Gespräch.

Das Interview führte
Christian Hoffmann



Foto: Christian Hoffmann

ENERGIE MUSS BEZAHLBAR BLEIBEN

Die Sonne stellt keine Rechnung

Bitte ärgern Sie sich jetzt! Nehmen Sie sich einfach mal ein paar Minuten Zeit dafür, sich über Ihre Stromrechnung zu ärgern. Denn Sie zahlen nicht nur Ihren eigenen Strom, sondern Sie bezahlen auch mit für viele große Unternehmen. Einen durchschnittlichen Haushalt kostet es 35 Euro im Jahr, dass die Bundesregierung viele Großunternehmen von Investitionskosten in neue Ökostromanlagen und Netze befreit hat. Und das, obwohl die Unternehmen davon profitieren, dass die Preise an der Strombörse durch den Ausbau der erneuerbaren Energien sinken. Die Kosten dafür hat die Bundesregierung den Verbraucherinnen und Verbrauchern und den kleinen und mittleren Unternehmen aufgeladen – es geht um unglaubliche vier Milliarden Euro pro Jahr.



Michael Schäfer ist Sprecher für Klimaschutz und Energiepolitik der Grünen Fraktion im Abgeordnetenhaus und kandidiert auf Listenplatz 8 für den Bundestag. Mehr unter www.schaefer.gr
Foto: *Fraktion Bündnis 90/Die Grünen*

lig. Der Unterschied ist: wenn die Anlagen erst mal gebaut sind, sind Sonne, Kohle, Öl und Gas dagegen immer teurer, weil die Ressourcen begrenzt sind und die globale Nachfrage steigt. Der zweite Unterschied: Solaranlagen, Windräder und Wärmedämmung schaffen Arbeitsplätze vor Ort, während das Geld, das wir für Kohle-, Gas- und Öl-Importe ausgeben, der lokalen Wirtschaft verloren geht.

Die Sonne stellt keine Rechnung, der Ölscheich schon. Das ist einleuchtend. Aber ist ein Solarkraftwerk nicht teurer als ein konventionelles Kraftwerk? Erstmal schon, aber nicht, wenn man die Folgekosten berücksichtigt. Denn bei der Verbrennung von Öl, Kohle oder Erdgas entsteht das Klimagas CO₂. Der ehemalige Chefökonom der Weltbank hat errechnet, dass die Investition in den Klimaschutz nur ein Zwanzigstel bis ein Fünftel dessen kostet, was die

Klimaschäden kosten würden, wenn wir auf den Klimaschutz verzichten. Trotzdem haben die deutschen CDU- und FDP-Abgeordneten im Europaparlament das wichtigste Klimaschutzinstrument, den Emissionshandel, kaputt gemacht. Trotzdem hat die Kanzlerin in Brüssel eine Senkung des Energieverbrauchs für Autos verwässert. Trotzdem will der Umweltminister Altmeier (CDU) den Ausbau der erneuerbaren Energien in Deutschland abwürgen. Wir Grüne wollen diese Regierung deshalb ablösen und endlich ernst machen mit Klimaschutz und Energiewende. Wichtig ist es uns dabei, die Kosten gerecht zu verteilen. Und beginnen wollen wir damit, dass wir am Tag nach der Bundestagswahl die Verbraucherinnen und Verbraucher von den vier Milliarden Euro entlasten, die ihnen die Merkel/Röbber-Regierung für die Entlastung der Großunternehmen beim Strompreis aufgebürdet hat.

Was Sie tun können:

Wechseln Sie zu einem Ökostromanbieter. Viele sind günstiger als der Grundversorgertarif von Vattenfall, also der Strompreis, den alle Berliner Haushalte bezahlen, die noch nie den Tarif oder Anbieter gewechselt haben. Die von den Umweltverbänden empfohlenen Ökostromanbieter finden Sie auf www.atomausstieg-selbermachen.de.

Unterstützen Sie die Berliner Initiativen für die Energiewende: www.buerger-energie-berlin.de und www.berliner-energieschicht.net (siehe Artikel Seite 2)

Wählen Sie bei der Bundestagswahl am 22. September mit beiden Stimmen Grün! Denn nur mit starken Grünen gelingt die Wende hin zu den Erneuerbaren Energien, die uns unabhängig machen von den immer teurer werdenden Rohstoffen Öl, Kohle und Gas.

Michael Schäfer, MdA

Mit einem Votum für den Erhalt dieser Industrieprivilegien begannen SPD und CDU im April eine Sitzung des Wirtschaftsausschusses im Berliner Abgeordnetenhaus. Es war eine dieser Sitzungen, in der die große Koalition ungerührt von Argumenten ihre Macht durchsetzte. Das geht dann so: Linksfraktion beantragt: Berlin soll sich für ein Verbot von Stromsperrungen einsetzen. SPD sagt (zu Recht): verbieten geht rechtlich nicht, man kann sie nur erschweren. Wir Grüne beantragen: Dann soll der Senat wenigstens aufschreiben, wie er Stromsperrungen in Zukunft verringern will. Große Koalition lehnt ab. 19.000 Haushalte waren in Berlin letztes Jahr betroffen.

Wie sich die Energiekosten entwickeln, entscheidet sich auf Bundesebene. Im Bundesrat spielt Berlin keine Rolle mehr dabei, weil sich der Senat meistens enthält, da SPD und CDU sich uneins sind. Umso wichtiger ist die nächste Bundestagswahl.

Denn viele Kraftwerke in Deutschland sind am Ende ihrer Lebenszeit – nicht nur die Atomkraftwerke. Sie müssen in den nächsten Jahren ersetzt werden. Zwei Modelle stehen sich gegenüber: Die Regierung Merkel/Röbber plant den Neubau von etwa 20 großen Kohlekraftwerken. Das wird teuer für die Verbraucher_innen, die die Kosten für diese Kraftwerke mit ihrer Energierechnung bezahlen. Wir Grüne wollen stattdessen vor allem in Energiesparen und erneuerbare Energien und einige hocheffiziente Gaskraftwerke investieren. Ehrlich gesagt: Das ist auch nicht bil-

Unterwegs in und für Neukölln



Anja Kofbinger zu Besuch beim Neuköllner Projekt TIO e.V.; Foto: Jana Taube

Seit dem 12. Januar steht es fest – ich darf meine Partei bei der kommenden Bundestagswahl im Wahlkreis Neukölln vertreten. Natürlich macht mich das sehr stolz und glücklich. Das Gefühl kenne ich ja schon vom vorherigen Wahlkampf zur letzten Abgeordnetenhauswahl, bei der ich meinen Wahlkreis auch direkt gewinnen konnte. Nun soll es also ganz Neukölln sein.

Seit anderthalb Jahren darf ich einen Teil des Neuköllner Nordens im Abgeordnetenhaus direkt vertreten. In dieser Zeit bin ich in vielen Schulen und Projekten gewesen, habe Kiezgespräche zu drängenden Fragen organisiert und viele Veranstaltungen von Vereinen und Organisationen im Bezirk besucht, um mich mit den Leuten zu unterhalten und von ihren Problemen und Nöten zu erfahren. Besonders gebeutelt sind die so genannten Brennpunktschulen, die ich regelmäßig besuche. So wie kürzlich eine Grundschule in der Boddinstraße, die mit zu großen Problemen und zu kleinem Geld zu kämpfen hat. Ich freue mich immer, wenn die Rektor_innen solcher Schulen weiter mutig voranschreiten und nicht aufgeben. Aber eins ist klar: Hier muss Politik mehr leisten, denn das können wir besser. Die schwierigsten Kieze brauchen die besten Schulen. So wird

ein Schuh draus!

Mein letzter Besuch vor ein paar Tagen galt dem Projekt TIO e.V., ein gemeinnütziger, interkultureller Verein, der sich seit 1978 für die gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe von Migrantinnen in Deutschland einsetzt. Der Verein betreibt drei Weiterbildungsprojekte, die durch Bildung und Beratung die Verbesserung der Lebenssituation und die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen mit Migrationshintergrund in den Bereichen Arbeitsmarkt, Familie und Politik anstreben. Da Gleichstellungs- und Integrationspolitik der Schwerpunkt meiner politischen Arbeit ist, weiß ich, wie wichtig diese Arbeit besonders in meinem Wahlkreis ist. Auch hier ist das Geld knapp und das Engagement groß. Im Augenblick sorgen sich die Vereinsfrauen um den Fortbestand ihrer Stellen. Ich habe ihnen versprochen, zu helfen.

Die meisten meiner Kiezgespräche drehen sich seit ein paar Jahren allerdings um das Thema Mieten und Wohnen. Immer häufiger wird auch in Neukölln zwangsgeräumt, weil die Vermieter_innen ihre Mieter_innen loswerden wollen und gegen sie prozessieren oder weil die Menschen sich die stetig ansteigenden Mieten schlicht nicht mehr leisten können. Das ist ein Zustand, der gera-

dezu absurd ist, denn der neue Mietpiegel zeichnet den überwiegenden Teil Neuköllns als sog. „einfache Wohnlage“ aus. Wo wenn nicht hier sollen Leute mit k(l)einem Einkommen wohnen? Eine Frage, die der Senat nicht beantworten kann, wo aber schnellstens auf Bundesebene eine Lösung herbeigeführt werden muss. Wenn ich mit meinem angestrebten Bundestagsmandat dazu beitragen kann, wäre schon viel gewonnen, weil es auch Druck auf den Berliner Versprechungssenat machen wird.

Das Schöne an der politischen Arbeit ist, dass es nicht nur Probleme gibt, sondern oft auch Lösungen, zu denen ich beitragen konnte. Damit meine ich vor allem meine Arbeit im Petitionsausschuss des Abgeordnetenhauses, die mich immer wieder direkt mit Neuköllner_innen zusammenführt. Ich bin im Ausschuss Berichterstatterin für das Sozialwesen und habe sehr häufig mit dem Job-Center Neukölln zu tun. Durch meine monatliche Sprechstunde in unserem grünen Kiezbüro in der Berthelsdorfer Straße habe ich einen idealen Treffpunkt für Besprechungen aller Art. Auf meiner Webseite findet man den aktuellen Termin. Bitte kommen Sie vorbei.

Anja Kofbinger, MdA

UNSERE NEUKÖLLNER KANDIDATIN FÜR DIE BUNDESTAGSWAHL

Anja Kofbinger

Seit 2006 ist Anja Kofbinger Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses. Dort ist sie stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Vorsitzende des Ausschusses für Arbeit, Integration und Frauen. Als Grüne Sprecherin für Frauen- und Queerpolitik vertritt sie die Interessen von Frauen, Lesben, Schwulen und Transgender und im Rahmen ihrer Tätigkeit im Petitionsausschuss engagiert sie sich besonders für die Interessen von ALG-II-Empfänger_innen.

Eine gleichberechtigte Teilhabe aller am Leben in Berlin und in diesem Land ist für Anja ein zentrales Anliegen. Sie wollte schon immer, dass die Leute partizipieren, sich einmischen und sagen, wo der Schuh drückt. So ist die gelernte Vermessungstechnikerin vor über 20 Jahren zur Politik gekommen.

Anja ist nicht nur eine überzeugte Grüne Politikerin, die die Strukturen und deren Lücken kennt; sie ist auch eine Frau, die weiß, was sie will und sich mit großer Leidenschaft ihren

Themen widmet. Als langjährige Neuköllnerin will sie vor allem für ihren Bezirk etwas bewegen: bezahlbare Mieten für alle, soziale Gerechtigkeit und mehr Respekt gegenüber Andersgläubigen, Andersliebenden und Andersdenkenden. Deshalb lau-

tet ihr Motto auch: „Multikulti ist gescheiter!“

Politik lässt sich nur mit der Teilhabe aller Bürger_innen und unter Anerkennung der Vielfalt von Lebensentwürfen und -realitäten aktiv und nachhaltig gestalten, davon ist Anja überzeugt.

Aktiv sucht sie das Gespräch; mit dem Fahrrad in Neukölln unterwegs besucht sie regelmäßig Projekte, Vereine und Organisationen, veranstaltet Fachgespräche und organisiert Aktionen. Mit ihrer natürlichen und zugänglichen Art hat sie immer ein offenes Ohr für die Bedürfnisse und Wünsche der Bürger_innen und setzt sich für deren Interessen ein.

Anja lebt heute im Neuköllner Reuterkiez und ist seit 2007 verpartnert.

Weitere Informationen zu Anja Kofbinger, ihrer politischen Arbeit sowie Termine und Veranstaltungen finden Sie auf ihrer Internetseite: www.kofbinger.de.

Jana Taube



Unsere Direktkandidatin für Neukölln
Foto: Anja Kofbinger